

Überraschend einseitig

Zu „Der Nachbar als Problem“ vom 26. Juni:

Die Argumentation, im Fall von Trafo 2 seien „Problemnachbarn“ systemische Verhinderer eines gentrifizierten Münchens und würden selbstsüchtig zur Verschwendung von Steuergeldern beitragen, ist unangemessen polemisch und überraschend einseitig: Während jeder private Häuslebauer durch die Mühen der gestrengen Lokalbaukommission muss, ist die Stadt in der komfortablen Lage, sich als sogenannte selbst genehmigende Behörde ihre eigenen Baubescheide zu erteilen. Es ist naheliegend, dass mangels öffentlich-rechtlicher Kontrollinstanz die Stadt als Bauherr nur zu leicht geneigt ist, den Blick dafür zu verschließen, in welchem Umfang sie ihre Bauvorhaben errichten darf. Wer, wenn nicht die von einem Baurecht in erster Linie betroffenen Nachbarn, hat sonst die Möglichkeit, kommunales Baurecht gerichtlich überprüfen zu lassen und so für dessen Einhaltung – auch im Interesse der Allgemeinheit – zu sorgen? (Und dies auf eigenes finanzielles Risiko und auch ohne Inanspruchnahme einer Rechtsschutzversicherung, wie es der Autor unterstellt.) Hätte also die Stadt bei Trafo 2 eine sorgfältige Bauplanung betrieben und zudem frühzeitig das mehrfach angebotene Gespräch mit den Nachbarn gesucht, wären die ebenso klaren wie blamablen Niederlagen vor dem Münchner Verwaltungsgericht vermeidbar gewesen. Es ist vermutlich reines Wunschdenken, dass die Stadt aufgrund dieser Erfahrung ihre Bauprojekte zukünftig planvoller angeht und dem Steuerzahler das fahrlässige Aufspielsetzen öffentlicher Gelder erspart.

Georg Puluji, München

Städtebauliche Sünden

Seit wann ist denn derjenige das Problem, der sich gegen Rechtsverletzungen wehrt und vor Gericht Recht bekommt? Sind nicht vielmehr Kommunalpolitiker und Bauverwaltungen, die rechtswidrige Planungen durchsetzen, das Problem? Es muss erneut betont werden, dass die Anlieger aus den betroffenen Straßen nichts gegen die Errichtung von Sozialwohnungen und Kindertagesstätten in ihrer Nachbarschaft einzuwenden haben. Wir wollen nur, dass sich das Gesamtprojekt in die wirklich schützenswerte Umgebung einfügt. Das hätte eigentlich eine kritische und sachliche journalistische Auseinandersetzung verdient. Die Baumasse und Situierung der Gebäude, Saal und Gaststätte im ruhigen rückwärtigen Wohnbereich, die Beseitigung der alten Bäume und die Überschreitung der inneren Baugrenzen kann man nur als städtebauliche Sünden bezeichnen. Warum hat man die Tiefgaragenausfahrt nicht zur Nymphenburger Straße sondern in unser Wohngebiet geführt? Darüber hätten wir Anlieger gerne mit der Stadt verhandelt, wir wurden aber abgespeist, weil intern alles vorher entschieden war. Vergeblich wartet man wohl weiter auf eine journalistische Durchdringung der Sache. Statt dessen findet eine Disqualifizierung der Nachbarn als Egoisten statt. Dabei könnten Anlieger durchaus Vernünftiges beitragen – sogar dann, wenn sie Wohnungseigentümer oder Akademiker sind und nachts gerne ruhig schlafen.

Peter Schechinger, München